

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschriftkasten

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

### Das vorläufige Ergebnis von Stockholm.

In Nr. 19 des „Grundstein“ haben wir davor gewarnt, auf die Stockholmer Konferenz und auf die Tätigkeit der Arbeiterinternationalen allzu große Hoffnungen in bezug auf die rasche Herbeiführung des Friedens zu setzen. Wir legten dar, daß keine sozialistische Konferenz den Frieden herbeiführen könne, solange die englische und die französische Regierung den Frieden nicht wollen und solange die englischen und französischen Sozialisten ihre Regierungen nicht zur Änderung ihres Standpunktes zwingen könnten. Solange der Widerstand Englands und Frankreichs gegen den Frieden nicht gebrochen sei, dürften wir keinen allgemeinen Frieden erwarten. Was wir von der Stockholmer Konferenz erwarteten, war lediglich eine Klärung der internationalen Lage und eine Förderung des Friedensgedankens in allen Ländern.

Der bisherige Verlauf der Stockholmer Friedensbesprechungen hat diese Auffassung vollumfänglich bestätigt. Wer als Friedensfreund große Hoffnungen auf die Konferenzen in Stockholm gesetzt hatte, hat jedenfalls in den letzten Wochen bittere Enttäuschungen erlebt. Die eigentliche internationale Sozialistenkonferenz konnte bis jetzt überhaupt nicht abgehalten werden, weil — abgesehen von Finnland — von den Entente-Ländern keine Vertreter der sozialistischen Parteien dazu erschienen sind. Es haben im wesentlichen nur Vorbesprechungen zwischen dem holländisch-standaunischen Komitee und den Vertretern der sozialistischen Parteien der Zentralmächte stattgefunden, wobei diese ihre Ansichten über die zur Vermeidung des Krieges notwendigen Friedensgrundlagen beaufschlagten. Wiederholt hat das genannte Komitee den Beginn der eigentlichen Konferenz verschoben, weil es hoffte, daß sich die Vertreter der sozialistischen Parteien der Entente-Länder doch noch dazu einfinden würden. Aber die Engländer, Franzosen, Italiener und Belgier kamen nicht, so daß die allgemeine Sozialistenkonferenz immer noch eine Frage der Zukunft ist.

Jedoch wenn uns auch die Stockholmer Besprechungen bis jetzt den Frieden nicht wesentlich näherbrachten, so haben sie doch stark zur Klärung der Verhältnisse beigetragen. Angesichts der Besprechungen mußten die Öffentlichkeit und die Regierungen in allen Ländern zu den Friedensbestrebungen Stellung nehmen. Es besteht heute bei einschlägigen Kreisen gar kein Zweifel mehr, daß die Sozialisten wie die Regierungen der Zentralmächte zu einem raschen Verständigungsfrieden bereit sind, daß sich aber die Regierungen der Entente-Länder, abgesehen von Rußland, einem solchen Frieden mit aller Macht entgegenstellen. In Frankreich hat die Regierung den Sozialisten die Möglichkeit zur Konferenz rühmend verweigert und damit ganz unvorteilhaft zu erkennen gegeben, daß sie keinen Verständigungsfrieden will. Das gleiche hat die italienische Regierung getan und zugleich gebot, daß sie alle Friedensbestrebungen im Lande einschücheltlos verfolgt und unterdrückt werde. Die englische Regierung ist zwar nicht so weit gegangen, hat aber doch den nach Stockholm reisenden Sozialisten und Gewerkschaftern das Versprechen abgenommen, daß sie jede Beteiligung mit den Deutschen und Deutschfreundlichen vermeiden würden. Damit haben diese Regierungen die von holländisch-standaunischen Komitee geplant gewesene internationale Konferenz vorläufig unmöglich gemacht. Leider hat die große Masse der englischen Arbeiterklasse dagegen nicht nur nichts getan, sondern zum Teil sogar die englische Regierung an Kriegswichtigkeit noch zu überbieten versucht. Der Versuch, auf englischer Seeseite, auf ihrem Schiffe Dienst zu tun, auf dem englische Delegierte zur internationalen Konferenz reisen wollten, ist dafür der beste Beweis. Auch ein Teil der französischen Sozialisten ist zweifellos mit der Hintertreibung der Konferenz durchaus zufrieden, sonst hätten sich ihre Vertreter in der französischen Regierung ernsthaft gegen die Verweigerung der Pässe gewandt.

Wir müssen uns also damit abfinden, daß die Regierungen der Entente-Länder zurzeit einen Frieden ohne Sieg, das heißt ohne Verwirklichung ihrer Kriegsziele nicht wollen und daß auch ein großer Teil der Sozialisten und Arbeiter jener Länder

einen solchen Frieden nicht will, während ein anderer, kleinerer Teil zu schwach ist, die Regierungen dem Frieden geneigt zu machen. Eine Ausnahme macht nur Rußland, dessen Regierung durch die siegreiche Revolution zur Friedensbereitschaft gezwungen ist und dessen sozialistische Parteien auch zur Teilnahme an einem sozialistischen Friedenskongress bereit sind. Der russische Arbeiter- und Soldatenrat selbst hat zu einer neuen internationalen Konferenz eingeladen, die im Laufe des Juli in Stockholm stattfinden soll. Die Delegation der deutschen Sozialdemokratie hat dem Arbeiter- und Soldatenrat mitgeteilt, daß sie an der Konferenz teilnehmen werde. Ob aber auch die sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs und Italiens an dieser Konferenz teilnehmen werden, ist noch ungewiß. Das Verstehen der Engländer ist darauf gerichtet, eine Konferenz der Sozialisten der Entente-Länder zustande zu bringen. Eine

solchen Konferenz würde, wenn es nach der Absicht der Engländer ginge, wahrscheinlich mehr der Schirmung des Krieges als der Herbeiführung des Friedens dienen. Wahrscheinlich will man die Augen für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen suchen, wie das nun schon seit Monaten durch Vertreter der englischen, französischen und belgischen Arbeiter und Sozialisten geschieht, von denen nämlich einige in Petersburg sind. Ob diese Bemühungen auf einer Konferenz gelingen werden, ist allerdings eine andere Frage.

Aber selbst wenn die englischen, französischen und belgischen Sozialisten der Einladung des Arbeiter- und Soldatenrates Folge leisten und gegen den Willen ihrer Regierungen an einer internationalen Konferenz teilnehmen sollten, ja selbst wenn ihnen ihre Regierungen das, mit Rücksicht auf die Stimmung in Rußland, die Pässe ausstellen sollten, so wäre damit noch nicht gesagt, daß auf dieser Konferenz eine die Sozialisten aller Länder befreudende Friedensgrundlage gefunden würde. Und selbst wenn das der Fall wäre, so wäre noch immer der Widerstand der dem Frieden entgegenstehenden Regierungen zu befürchten. Und das wäre für die englischen und französischen Arbeiter keine leichte Aufgabe. Nach alledem sind die Aussichten auf einen allgemeinen Frieden in nächster Zeit nur gering. Mehr Aussicht befindet sich nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse auf einen Frieden zwischen Rußland und den Zentralmächten, wenn es den russischen Revolutionären nach Verweigerung eines allgemeinen Friedens durch England und Frankreich gelänge, die russische Regierung aus den Klauen des englisch-französischen Einflusses zu befreien. Zwischen den Friedenszielen der russischen und der deutschen Sozialisten bestehen keine unüberbrückbaren Gegensätze und auch zwischen den beiderseitigen Regierungen sollte sich nach Aufgabe der imperialistischen russischen Kriegsziele eine Verständigung finden lassen. Beide Völker brauchen den Frieden, und beide Regierungen haben sich so klar über ihre gegenseitigen Kriegsziele ausgesprochen, daß ein rascher Friede zwischen diesen beiden Gruppen wie ein faulendes Ei auf dem Boden der Welt zu sehen ist.

### Wir wachsen weiter!

Mitte Mai konnten wir berichten, daß unsere Mitgliedszahl vom 10. April bis 14. Mai um über 3000, seit dem tiefsten Stand im Februar um über 3500 gestiegen sei.

Inzwischen ist die Mitgliedszahl unseres Verbandes erfreulicherweise weiter gewachsen.

Nach unserer Arbeitslosenstatistik hatten wir am 28. Februar in 800 Vereinen 71 873 Mitgl., am 10. April in 806 Vereinen 72 381 Mitgl., am 14. Mai in 801 Vereinen 75 400 Mitgl., am 18. Juni in 804 Vereinen 79 186 Mitgl.

Wir hatten demnach Mitte Juni rund 3800 Mitglieder mehr als Mitte Mai und rund 7300 Mitglieder mehr als Mitte Februar.

Ermügte Werbearbeit muß und wird uns weitere Erfolge bringen!

solche Konferenz würde, wenn es nach der Absicht der Engländer ginge, wahrscheinlich mehr der Schirmung des Krieges als der Herbeiführung des Friedens dienen. Wahrscheinlich will man die Augen für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen suchen, wie das nun schon seit Monaten durch Vertreter der englischen, französischen und belgischen Arbeiter und Sozialisten geschieht, von denen nämlich einige in Petersburg sind. Ob diese Bemühungen auf einer Konferenz gelingen werden, ist allerdings eine andere Frage.

Aber selbst wenn die englischen, französischen und belgischen Sozialisten der Einladung des Arbeiter- und Soldatenrates Folge leisten und gegen den Willen ihrer Regierungen an einer internationalen Konferenz teilnehmen sollten, ja selbst wenn ihnen ihre Regierungen das, mit Rücksicht auf die Stimmung in Rußland, die Pässe ausstellen sollten, so wäre damit noch nicht gesagt, daß auf dieser Konferenz eine die Sozialisten aller Länder befreudende Friedensgrundlage gefunden würde. Und selbst wenn das der Fall wäre, so wäre noch immer der Widerstand der dem Frieden entgegenstehenden Regierungen zu befürchten. Und das wäre für die englischen und französischen Arbeiter keine leichte Aufgabe.

zugunsten Englands und Frankreichs. Aber solange sich die russische Regierung nicht von dem englisch-französischen Einfluß befreit oder durch die russischen Revolutionäre von ihm befreit wird, ist auch ein Sonderfriede zwischen Rußland und den Zentralmächten nicht zu erwarten.

Nicht mehr Erfolg als den sozialistischen Friedensbesprechungen war der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Stockholm beschieden. Auch auf dieser Konferenz waren die Gewerkschaften der Entente-Länder nicht vertreten und auch die Gewerkschaften von Spanien und der Schweiz hatten keine Vertreter entsandt. Es konnte deshalb in die Besprechung des einzigen zur Beratung stehenden Punktes überhaupt nicht eingetreten werden. Jedoch darf man die Schuld an dem Mißlingen der Konferenz nicht allein den auf der Konferenz unvertretenen Gewerkschaften aufbürden. Die Einladung zur Konferenz, die von der Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam ausging, wurde so spät erlassen, daß es einzelnen Landeszentralen kaum noch möglich war, zu der Konferenz Stellung zu nehmen und Delegierte zu entsenden. Allerdings hatte sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund schon im März demütigt, die Landeszentralen von Amerika, Belgien, England, Frankreich, Italien und Spanien für die Teilnahme an einer solchen Konferenz zu gewinnen. Diese Bemühungen waren unfruchtbar geblieben, weil die französische Zensur das Rundschreiben des Gewerkschaftsbundes an die Spanier und Franzosen, die italienische Zensur anscheinend auch das Rundschreiben an die Italiener unterlagert hatte und weil die Engländer an einer Konferenz nicht teilnehmen wollten. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat es angesichts dieser Tatsachen abgelehnt, die Einladung zur Stockholmer Konferenz zu erlassen mit der Begründung: er halte es für ausgeschlossen, daß eine Einladung Erfolg haben könnte. Er selbst erklärte, an der durch die holländische Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Stockholm berufenen Konferenz nur teilnehmen zu wollen, wenn die Franzosen, Italiener und Engländer oder wenigstens eine dieser Landeszentralen daran teilnehmen würden.

Unter diesen Umständen war ein Gelingen der Konferenz von vornherein ausgeschlossen. Einige deutsche Gewerkschaftsbürokraten trüffeln deshalb, daß man die Konferenz nicht besser vorbereitet oder, als ihr Mißlingen feststand, sie nicht von vornherein verjagt hat. Es ist zu erwarten, daß sich der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes dazu noch äußern wird. Eine bessere Vorbereitung der Konferenz und eine Stellungnahme der Vorstände der deutschen Gewerkschaften zu ihr hätten auch wir gewünscht. Doch sehen wir auch in der Zusammenkunft nur eines Teils der gewerkschaftlichen Landeszentralen angesichts der gegenwärtigen Umstände kein Unglück. Wir möchten hoffen, daß die von der Dumpfkonferenz auf den 17. September nach der Schweiz einberufene neue Konferenz besser beschieden sein und daß sie wirklich erfolgreiche Arbeit leisten wird.

### Der vierzehnte Genossenschaftstag.

Der vierzehnte Genossenschaftstag der deutschen Konsumvereine haben auf ihrem 14. Verbandstag, der am 18. und 19. Juni im Saale des Industrie- und Kulturvereins zu Nürnberg stattfand, in vollster Einigkeit und freudiger Sachlichkeit eine sehr reichhaltige Tagesordnung erledigt. Vertreter waren 410 Organisationen mit 918 Delegierten, von denen 415 stimmberechtigt waren. Neben den Vertretern der Organisationen hatte sich eine stattliche Reihe von Gästen eingefunden, darunter Vertreter des Stellvertretenden Armeekorps und der Stadverwaltungen von Nürnberg und Fürth. Die herzlichsten Begrüßungs- und Abschiedsworte, die der Vertreter der Stadt Nürnberg, Medizinalrat Dr. Merkel, an die Delegierten richtete, zeigten, daß man auch dort, wo das Konsumvereinswesen bisher ziemlich schlecht angefaßt wurde, umzuwenden beginnt. Medizinalrat Merkel machte in seinen Abschiedsworten sogar betonen, daß er aus den Verhandlungen viel gelernt hat, was er als Merkmal des höchsten Lebensmittels amtes bei den großen Aufgaben, die die Stadt Nürnberg auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung noch zu übernehmen hat, mit Vorteil anwenden kann.



Der erste Tag war den Vorstandsberichten gewidmet. Heinrich Kaufmann, Hamburg, sprach über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konjunkturvereine, der ein anspruchsvolles Bild von dem Stande der Konjunkturvereine bewegung entwarf und die Stärkung der Kapitalkraft der Konjunkturvereine vor allem im Hinblick auf die kommenden großen Aufgaben nach dem Kriege für notwendig erklärte. Vor allem sei die Eigenproduktion zu erweitern durch Ausbau der Bäckereien, Errichtung von Schlachthäusern, Großschlächtereien usw. Auch die Mühlenerzeugung sei von den Konjunkturvereinen allein oder in Verbindung mit den Stadterverwaltungen in Angriff zu nehmen. Die Großverkaufsgesellschaft gedankt zum Ausbau der Eigenproduktion ein Kapital von 35 Millionen Mark aufzunehmen und hat ein umfangreiches Programm für ihre Eigenproduktion aufgestellt. Notwendig sei ferner die Ausdehnung der Warenvermittlung auf alle Bedarfsartikel, Ausbaur des Versicherungswesens und des Konjunkturvereins. Die erheblichen Mittel, die zu diesen Zwecken notwendig sind, sollen durch Erhöhung der Geschäftsanteile auf 100 bis 150 und durch feste Zuteilungen an die Mitglieder von mindestens 1 % aufgebracht werden.

H. Wäfflein, Hamburg, und Dr. Aug. Müller, Berlin, behandelten die Vorstandstätigkeit unter Berücksichtigung der durch den Krieg erforderlichen Maßnahmen. Die Grundgedanken der Vorträge wurden in einer einstimmig angenommenen Entschließung niedergelegt, in der dem Grundgedanken unserer Ernährungswirtschaft im Kriege zugestimmt, dabei aber betont wird, daß im einzelnen die Ausführung noch viel zu wünschen übrig läßt. Es wird betont, daß ein guter Teil der noch vorhandenen Ernährungsmittel zu beschaffen ist, wenn auch die Nahrungsmittelherstellung die Anforderungen der Kriegswirtschaft mit der gleichen Entschlossenheit auf sich nehmen, wie das von dem größten Teile der Verbraucher geschieht. Im zweiten Teile der Entschließung wird beauftragt, daß noch immer zahlreiche Konjunkturvereine für die Zuteilung von Waren benachteiligt werden. Dagegen wird entschieden die Verwahrung eingelegt und verlangt, daß den Konjunkturvereinen im Verteilungsorganismus endlich der Platz angewiesen wird, auf den sie Anspruch erheben dürfen. Zu einem in der Debatte vorgeschrittenen besonderen Punkte geschäftlicher Behandlung eines Konjunkturvereins durch den Mitgliederversammlung Stadt erklärte Dr. August Müller, daß er bedauernd bei dem preussischen Minister des Innern Schritte unternommen habe und die Entscheidung noch schwebt; er fügte hinzu, er werde sein Bestreben in seiner Funktion beim Reichskriegsernährungsamt davon abhängig machen, daß solchen Liebesergriffen ein Niegel vorgezogen wird.

Hugo Wäfflein, Hamburg, behandelte die Kriegslieferungsleistung und deren Wirkungen auf die Genossenschaften in einem sehr instruktiven Vortrage. Neben dem Ausbau der Konjunkturvereinsfortbildungswesens entwickelte, das er in der Konjunkturvereinsfortbildung "Rundschau" schon näher dargelegt hat. Unter anderem tritt er dafür ein, die bisherigen Regierstellen durch eine Konjunkturvereinsfortbildungsschule zu ersetzen, in der in Solbajobsturen junge Kräfte für wichtige Posten in den Konjunkturvereinen ausgebildet werden sollen. In der Diskussion verlangte Frau Seinenbach, Hamburg, daß ein Hauptgewicht auf die Fortbildung der weiblichen Kräfte gelegt werde.

Die öffentlich-rechtliche Stellung der Verbraucher wurde von Franz Feuerstein, Stuttgart, in einem ausführlichen Vortrage behandelt. Eine hierzu angemessene Entschädigung fordert, daß auch die Konjunkturvereinsfortbildung in den öffentlichen Dienstleistungen organisiert Verbraucher in den öffentlichen Dienstleistungen der deutschen Wirtschaftswirtschaft zu Worte kommen. Im Hinblick darauf wird es als eine im Interesse der Allgemeinheit liegende dringliche und verantwortliche Aufgabe der Regierungen und gegebenenfalls Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten erklärt, unverzüglich dafür Sorge zu tragen, daß den Konjunkturvereinsfortbildung Verbrauchervereinigungen in den bestehenden Handelskammern eine im Verhältnis ihrer organisatorischen und wirtschaftlichen Bedeutung zur Allgemeinheit und Gesamtwirtschaft des Volkes entsprechende ständige Vertretung eingeräumt wird.

Mitteilungen aus dem Internationalen Genossenschaftsbund machte Heinrich Lorenz, Hamburg. Aus ihnen geht hervor, daß durch die Konjunkturvereinsfortbildung Bewegung in allen Ländern ein gewaltiger Zug nach Ausdehnung geht. Ganz besonders erfreulich ist die Ausbreitung des russischen Genossenschaftswesens gerade während des Krieges. Bekannter ist, daß die Konjunkturvereinsfortbildung zu ihrer weiteren Entwicklung des Friedens bedürfen und erklärte, daß die Stockholmer Tagung die Sympathien jedes Genossenschaftlers habe. Er wendete sich daher gegen die Imperialisten und Anexionisten, sowohl beim Feinde als bei uns, deren wahnsinnige Kriegsziele den Krieg nur verlängern. Er schloß mit dem Rufe: Die Waffen nieder! Friede! unter härmlichem Beifall der ganzen Versammlung.

Es folgten dann noch die Berichte über die Unterstützungsfälle des Zentralverbandes, über die Tätigkeit der Tarifämter und des Ausschusses und Genehmigung der Jahresrechnung. Aus den von der Großverkaufsgesellschaft zur Verfügung gestellten Anwendungen für allgemeine Genossenschaftliche Zwecke wurden den einzelnen Revisionen, verbindliche Summen im Gesamtbetrage von 16 000 überwiesen. Nach Erledigung der Wahlen wurde die Tagung am 19. Juni, mittags, geschlossen.

### Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbaude.

Ergebnis der Feststellung vom 18. Juni.

Der aus allen Vereinen vorliegende Bericht weist einen weiteren Rückgang der noch vorhandenen geringen Arbeitslosigkeit aus. Von 806 Zwangsvereinen berichteten 804 mit 79 188 Mitgliedern. Davon waren 45 oder vom Hundert 0,06 arbeitslos gegenüber 63 oder vom Hundert 0,08 am Vortage vorher. 10 Vereine hatten keine Arbeitslosen.

Arbeitslosenunterstützung empfangen 22 Arbeitslose, vom Hundert der Mitglieder 0,03; in der Vorwoche 27 oder vom Mitgliederhundert 0,04. Der Unterstützungsbedarf sank somit ebenfalls.

Verein	Zahl der Zwangsvereine	Zahl der Mitglieder	Zahl der arbeitslosen Mitglieder	In den bestehenden Zwangsvereinen		In den bestehenden Zwangsvereinen waren am Feststellungsdatum arbeitslos	
				Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos	Arbeitslos
1. Königsberg	21	21	2213	—	—	—	—
2. Bromberg	33	33	1469	—	—	—	—
3. Stettin	59	51	1352	—	—	—	—
4. Breslau	55	55	3241	—	—	—	—
5. Berlin	75	75	8239	—	—	—	—
6. Magdeburg	83	83	8925	—	—	—	—
7. Erfurt	49	42	2149	—	—	—	—
8. Frankfurt	15	15	5550	—	—	—	—
9. Köln	14	14	6032	—	—	—	—
10. Dortmund	17	17	2096	—	—	—	—
11. Hannover	45	45	2911	—	—	—	—
12. Bremen	29	29	2528	—	—	—	—
13. Hamburg	73	73	4947	5	1	—	—
14. Krefeld	64	64	1614	1	1	—	—
15. Dresden	16	16	7207	1	5	—	—
16. Leipzig	78	78	8152	1	4	—	—
17. Nürnberg	35	35	2646	2	1	—	—
18. München	37	37	3411	6	5	2	—
19. Stuttgart	9	9	1287	—	—	—	—
20. Karlsruhe	16	16	2783	—	—	—	—
21. Straßburg	6	6	144	—	—	—	—
Zusammen	804	804	79188	22	24	11	7

### Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsnachweis unseres Zwangsvereins von Bonn a. Rh. in sucht Maurer, Bauer, Zimmerarbeiter und Erdarbeiter in großer Zahl für Kriegsbauten in Troidorf bei Bonn. Die Arbeit ist von längerer Dauer. Arbeitsjunge wollen sich auf unserm Zwangsvereinsbureau in Bonn, Landstraße Nr. 13 (Telephon 250) melden. Der Arbeitsnachweis ist mitzubringen.

### Berichte.

Bonn. In unserem Zwangsvereinsgebiet sind neben organisierten Bauunternehmern auch eine ganze Anzahl Interner tätig, die nicht dem Arbeitgeberverband angehören. Wie nunmehr bestimmt festgestellt, hat der Arbeitgeberverband mit der Reichsregierung vereinbart, daß nur seinen Mitgliedern die Zulage von 15 % zuerkannt wird. Wie man mit solchen Abmachungen während der Dauer des Krieges nicht rechnen kann, ist uns unverständlich. In Troidorf und andern Orten, wo die Zulage von den unorganisierten Arbeitgebern bisher nicht gezahlt wurde, haben wir zu gemeldet, daß die Kollegen die Arbeit einstellen, wenn nicht bald Klarheit in der Frage der Zulage durch das Reichsamt des Innern geschaffen wird. Die Arbeiter der Firma Schwannborn in Troidorf hatten letzte Woche schon zweimal die Absicht, die Arbeit einzustellen. Unter Hinweis auf die noch schwebenden Verhandlungen ist es uns und Herrn Schwannborn gelungen, dies zu verhindern. Weisheit erweist sich angesichts des ernstlichen der Lage auch der Arbeitgeberverband seiner landsideigen Pflicht und verlangt beim Reichsamt des Innern die Wiederholung seiner nur für seine Mitglieder bestimmten Abmachung.

### Warum die Maurer hohe Löhne haben.

Aus Lindenau wird uns geschrieben: Vor dem Schlichtungsausschuß Oldenburg II ist am 18. Juni eine Beschlusse des Ausschusses gegen die Güterpostmanschritte zu Müssen wegen Verweigerung des Höchstlohns verhandelt worden. Der Schlichter hat eine Stundenlohn von 88 % und konnte in Köln 1 % bekommen. Außerdem war er in Köln bei seiner Familie. Der Vertreter der Firma führte demgegenüber aus, daß sie sehr wichtige Arbeiten hätten. Der Geschäftsführer sei über diese Art dieser Arbeit vollkommen im Klaren, er habe sich nicht zu bekommen, während der Arbeit des Schlichters nicht viel leichter Arbeiter zu erhalten seien. Außerdem sei der Weisheitsbeschluss ein guter Arbeiter; die Hütte wolle ihm noch 2 % zulegen. Was dann noch mehr, habe er, da er in Köln trotz Zusammenstoß mit seiner Familie leuten kommen würde. Letzteres schließt der Schlichter ganz entschieden. Nun haben die Maurer in Müssen einen Stundenlohn von 90 %, ein erheblicher Teil noch einige Pfennige mehr. Ein Arbeitgeberführer machte daher der Hütte den Vorschlag, dem Geschäftsführer 1 % Stundenlohn zu geben. Der Vertreter der Hütte lehnte ab, was mit größter Energie ab, weil sogar die Vorarbeiter nur 85 % bekommen. Der Vorsitzende sagte dann, die Maurer hätten doch 1 % Stundenlohn, lernten nur drei Jahre, während die Schlichter sogar vier Jahre lernten. In schärfer Tonart erwiderte der Vertreter der Hütte: "Das ist gar kein Vergleich, meine die Maurer sind organisiert und haben dadurch ihre Tarife mit den Löhnen,

unserer Schlosser sind nicht organisiert und können darum auch solche Löhne nicht haben." Vorüber: "Organisiert oder nicht organisiert hat doch damit nichts zu tun." Vertreter der Hütte: "Ja wohl, wären die Maurer nicht so organisiert, hätten sie auch diese Löhne nicht." Aus demselben Grunde konnte das Urteil noch nicht gefällt werden; es ist bei diesem Ausschuss zu beschließen, daß die Beschloßer zurückgewiesen wird und damit die Arbeit nicht verlängert ist. Aber ganz gleich, wie es kommt, wir wünschen, daß jeder Kollege und jeder Arbeiter genau wie dieser Internenvertreter wüsste, warum die Maurer verhältnismäßig hohe Löhne haben.

### Vergütung der Arbeitervertreter in den Ausschüssen für Lebensmittelverteilung.

Aus dem Kriegsernährungsamt schreibt man uns: Von den Arbeitervertretern ist in letzter Zeit vielfach darüber Klage geführt worden, daß auf industriellen Werken, insbesondere von angestellten Arbeitern, die in den Ausschüssen für Lebensmittelverteilung mitwirken, keine Schichtvergütung erhalten. Diese berechtigten Klagen sind zu Ehren des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes gekommen, der nunmehr die erforderlichen Schritte eingeleitet hat, damit den in diesen Ausschüssen tätigen Arbeitern die Schichtvergütung gezahlt und dadurch der ungerechtfertigte Lohnverlust vermieden werde.

### Organisierung der Kriegsteilnehmer.

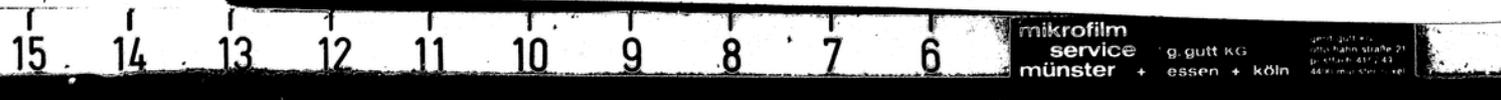
Seit dem dritten Mobilisierungsgesetz bin ich in meinem Bestand und teile mit also auch Mitglied eines Kriegsteilnehmers, dem jetzt Millionen Männer angehöhen müssen. Ich bin aber der Meinung: Ein jeder im Deutschen Bauarbeiterverband organisierte Kollege wird, solange er noch einem freien Organisationszweigteil im Felde ist, auch nach dem Krieg in der Heimat in der Lage sein, sich zu organisieren, damit er nicht mehr an die Vergewaltigung, an die Schrecken des Krieges erinnert wird. Er wird wieder von neuem mit aller Kraft sein wirtschaftliches Leben zu fördern suchen und in enger Fühlung mit seiner Organisation verbleiben. Welche Vereine dazu nötig sind, brauche ich nicht erst aufzuzählen. Der alleinige Dingen müssen wir die Augen zu gewinnen suchen. Es ist uns wohl bekannt, daß jeder Kollege, unter den Kameraden dahin zu wirken, daß die Kollegen wieder in die Organisation zurückkehren, der sie während des Krieges den Rücken gekehrt haben. Diese Kameraden wird man versuchen, dem Kriegsteilnehmer zu gewinnen. Dieses Hebel müssen die noch gefunden Kollegen verhindern und verhindern, die untreu gewordenen Kollegen wieder auf den "Grundstein" hinweisen und dieses Wort unter den untreu gewordenen Kollegen zu verteilen. Also, Kollegen, seid auf dem Posten und verlaßt ihn nicht, bis das alte Geleit wieder aufgebraut ist.

Geht, Heil! A. W. H. e. i. n., zuerst im Felde.

Kommern, den 6. April 1917. Werter Kollege! Möchte Dir mitteilen, daß ich jetzt einen "Grundstein" regelrecht bekomme und zugleich meine Freude darüber zum Ausdruck bringen. Er geht immer von Hand zu Hand und wird auch von solchen gelesen, die nicht unserm Verbande angehören. Dabei sollen uns verzeihen, daß wir die Augen, die zu einer selbstigen Debatte führen, wie zum Beispiel: Selbstmitleiden, Selbstmitleid, Selbstmitleid, Gerechtigkeit und Lebensmittellieferung und andere. Mit familiären Ausstellungen sind wir sehr zufrieden. Aber gegen den Artikel in Nr. 12: "Sollen die Kriegsteilnehmer besonders organisiert werden?" haben wir verzeihliche Bedenken. Freuen tut es uns, daß wir in diesem Punkt nicht von einer vollkommenen Teilnahme freigegeben werden, ist ein solcher Verein günstig gegen unsere Weltanschauung und unsere Grundzüge. Zweitens haben diejenigen, die schon seit Anfang draußen mitmachen, schon Kriegsteilnehmer genug und mögen nach Friedensschluss nicht mehr damit zu tun haben. Drittens: Würden die Vereine nicht von einer vollkommenen Teilnahme freigegeben werden, so wären sie doch eine Anreizungskraft zum deutschen Militarismus, den wir doch bekämpfen. Wir wollen keine genossenschaftliche Organisation haben, sondern eine reine. Trotzdem müssen wir und können die Interessen der Kriegsteilnehmer vertreten werden, und zwar durch Einlegen verzeihlicher Deutungen durch die Gewerkschaft, an die sich die Kriegsteilnehmer mit ihren Wünschen wenden, die ihnen dann die genossenschaftliche Instanz erteilen oder die Wünsche weiterleiten. Wegen des Beitritts zu den allen Kriegsteilnehmern brauchen wir keine Angst zu haben. Die dahin gehen, die wir nicht ruhig lassen, sie sind nicht wert, daß sie bei uns als Mitglieder zählen. Es ist nämlich in diesen Kriegsteilnehmer eine tolle Verwirrung in der arbeitenden Klasse eingetreten. Dieses ist die Ansicht etlicher Kollegen. Es trägt dich liebsten

Kollege Walter  
nebst fünf Kollegen und vielen Gewerkschaftlern.

Den Zusammenstoß der heimkehrenden Kriegsteilnehmer zur Wahrung ihrer Interessen, um zu verhindern, daß sie sich den bestehenden Kriegsteilnehmern oder den sich nicht organisierenden Kriegsteilnehmern angeschlossen, halte ich für vollkommen. Aus den Gründen schon, daß sich die Anschauungen eines genossenschaftlich oder politisch organisierten Arbeiters mit denen eines patriotischen Kriegsteilnehmers nicht vereinbaren können. Um einen genossenschaftlichen Zusammenstoß der Kriegsteilnehmer zu verhindern, ist die gewerkschaftliche Organisation notwendig. Die gewerkschaftliche Organisation ist notwendig, die gewerkschaftliche Organisation nicht der Fall sein kann, da noch viele der sowohl im Handel und Gewerbe als auch in der Forst- und Landwirtschaft Beschäftigten diesen nicht angehören, halte ich die Schaffung einer besonderen gemeinsamen Interessenvertretung der Kriegsteilnehmer für notwendig. Zur Klärung der Dinge halte ich die Gewerkschaftsartikel für die geeigneten Institutionen; denn es wird damit auch zugleich ein Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung erreicht. Wohlliche sich dagegen einzusetzen, daß nicht an allen Orten Kartelle bestehen. Tod



hätte ich das nicht für so schwerwiegend. So gut wie die Gewerkschaften in den holländischen Orten zugelassen haben, können auch für diese Bereinigung solche gebildet werden. Wird dadurch dann aber doch eine gewisse Zentralisation erreicht. W. O. r. i. n. zeitlich im Herbst.

Das alte Lied.

Aus Köln schreibt der Kollege F r ö s t l i c h: Die „Werktaugliche Arbeitsbereinigung“ befragt sich in ihrer Nummer 23 vom 10. Juni ausführlich mit dieser Zusage in Nummer 19 des „Grundstein“. Wie man dies von einem Unternehmerorgan nicht anders erwartet, fällt sie mich wie jeden Angestellten der freien Gewerkschaften für einen Irrsinn, mit dessen Erscheinung auf der Baustelle unter den sonst mit ihrem Auskommen durchaus zufriedenen Arbeitern die Unzufriedenheit einzige. Keine Ausführlungen sollen meiner Liebsten oder gar überflüssigen Plakate entkommen und nur Papierarmut soll den Schreiber der „Werktauglichen“ hindern, sie Zeile für Zeile zu überlegen. Am wichtigsten geriet ihm offenbar die Schilderung der Verhältnisse an der Baustelle Boringens-Dormagen, denn diese nahm er sich zu revidieren vor. Ihm zu betreiben, daß die Bauarbeiter mit Recht über die schlechten Löhne- und Arbeitsverhältnisse empört waren, schreibt er:

Die Arbeiter erhalten aber auf dieser Baustelle, trotz dem diese zum Kreisgebiet Bezug gehabt, den Kölner Tarif, das ist einschließlich der beiden Arbeitsvertragsgruppen 96 § die Stunde für Maurer. (Neußer Tarif, gültig für die beiden Teuerungszulagen 91 §.) Außerdem erhalten die verheirateten auswärtigen Arbeiter eine sogenannte Auslösung von 100, die im Falle wohnender Arbeiter von 100 bis 120 und die Junggeleiteten von 100 bis 110 die Woche. Siernach würde ich also ein Wochenverdienst bei täglich achtstündiger Arbeitszeit und der Auslösung auf 100 bis 120 für ein wohnendes Arbeiterpaar und auf 100 bis 110 für ein Junggeleitetes fallen.

Weiter sagt das Arbeitsblatt, in einer Ausführlung hätten die Arbeitervertreter diese Löhne ausreißend als ausreichend bestätigt. Aber die Arbeitsverhältnisse habe der Ausführlung nicht gefügt; im Gegenteil wegen des guten und zu einem geringen Preise auf den Baustellen gegebenen Mitteln ist jeder volle Zureichend ausgesprochen. Wie gut die Bauarbeiter auf diesen Baustellen haben, soll daraus hervorgehen, daß einige Arbeiter, die zu einer anderen Baustelle mit „anerkennenswerten“ ebenfalls in jeder Hinsicht außerordentlich guten Verhältnissen überredet waren, haben nach Boringens wieder zurückkehren zu dürfen. Denn ist es für den Schreiber der „Werktauglichen“ ausgemacht und festgestellt, daß es eine Empörung der Arbeiter nur in der überflüssigen Plakate unserer Kollegen möglich gibt und es deshalb der „Bauarbeiter“ zu verdienen sei, wenn sie einen solchen „Wohnsitz-Friedensengel“ von der Baustelle fernhalten.

An diesen Darlegungen des Arbeitsblattes stimmt zunächst einmal nicht, daß die Baustelle Boringens-Dormagen mit ihren etwa 2000 Arbeitern zum Kreisgebiet Bezug gehabt, sondern es handelt sich hier um tariffreie Arbeiter, das heißt um eine Konjunktur in der Kölner Bürgergegend auf Antrag der Arbeitervertreter für die Kreisbauern dem Kölner Lohngesetz unterworfen worden ist. Mit dem Lohngesetz Bezug hat es also gar nichts zu tun. Zudem behauptet unsere Zusage in der „Werktauglichen“ die vor dem 27. März durch eine Konjunktur in dem Maße betrug der Stundenlohn für Geleiten einschließlich 10 § Teuerungszulage 81 § und für Hilfsarbeiter 71 §. Die hauptsächlich in Frage kommende Firma, die Allgemeine Hochbaugesellschaft aus Düsseldorf, versichert uns schon im Dezember 1916, daß die Baustelle Boringens-Dormagen die Baustelle für Boringens und für Nacharbeit. Dabei verlangte sie mitten im Winter täglich einständige Arbeit; die Firma verweigerte den in Köln wohnenden Bauarbeitern Löhne des Jahreslohn. Für Sommerzeit sollte die Baustelle Boringens-Dormagen 100 pzt. und im Februar, bevor wir noch die Baustelle besucht hatten, unter der Arbeiterzeit berechnete Aufzinsrechnung, die gewiß 3 in 2 r e i f gefügt hätte, waren wir nicht lastenmäßig für bessere Verhältnisse eingetreten. Die Aufzinsrechnung liegt nach, als die Bauaufgabe, die Firmenarbeiten beim Friedr. Bauer in Boringens, den auf ihren Bauten in Boringens beschäftigten Bauarbeitern eine Zulage von 10 pzt. des Stundenlohnes gewährte. Der größte Teil der Arbeiter war von den Firmenarbeiten rekrutiert und den Bauarbeitern überlassen. Aber nun sollte hätte und in Boringens arbeiten konnte, erhielt mit der Zulage als Maurer 80 § und als Hilfsarbeiter 70 § die Stunde. Würden sie aber auf die andere Baustelle, den Baustellen bei Boringens zugewiesen, dann bekamen sie nur den Stundenlohn von 81 § oder 71 §. In Boringens verdienen unsere Kollegen somit bei einer achtstündigen Arbeitszeit die Woche 100 bis 120 weniger als ihre Boringens-Kollegen. Ferner erhielten die in Boringens dafür in Frage kommenden Kollegen die am 24. Januar in Kraft getretene Auslösung von 100, die Boringens dagegen nicht. Diese Handen sind also um 100 bis 120 die Woche schlechter als die auf den Baustellen Boringens-Dormagen tätigen Kollegen. In Boringens in der Freiheit von der Boringens Baustelle verurteilten Bauarbeitern, fast alle waren für diese Arbeiter rekrutiert, verweigerte man jegliche Entschädigung, weil laut Tarifvertrag nur wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt werde. Die „Werktaugliche Arbeitsbereinigung“ wird natürlich auch jetzt nicht anerkennen, daß die Bauarbeiter guten Grund hatten, unzufrieden zu sein, sondern im Gegenteil der Öffentlichkeit weiter aufzudecken, daß die Arbeiter seien mit ihrem Auskommen durchaus zufrieden. In der oben erwähnten Konjunktur, an der auch die Kriegsamtliche Gebiets- und Bezirksämter, die in Boringens mehr als 70 Personen, leitend, behauptete sogar Herr Zimmer, Vertreter des rheinischen Arbeitgeberverbandes für das Ruhrgebiet, die unter der Bauarbeiterzeit herrschende Aufzinsrechnung sei von der Bauarbeiterzeit hergeleitet. Im gleichen Sinne müßte ein Vertreter der Arbeiterzeit in Boringens man möge die Arbeiter und Unternehmer ihre Angelegenheiten allein regeln lassen, dann wäre es keine Aufzinsrechnung.

heit mehr. Also das alte Lied von den Fremden und Ausländern, die meist den Geist der Reaktion säen. Die Arbeiter wissen dagegen sehr gut, daß ihre Organisationskraft bereitwillig für ihre Rechte eingetreten ist, und darauf kommt es an. Denn inzwischen haben sich die Verhältnisse schon in manchen Städten gebessert. So sind Arbeiterauslöschung eingeleitet worden, mit denen die Firmen Anfangs Mai über folgende ungenügend aufgestellte Forderungen verhandelten:

1. Nachzahlung des zu wenig gezahlten Stundenlohnes von 100. Der Arbeiter war bei ihrem Zusammenstoß, als man sie rekrutiert, 91 § versprochen worden; die Firma bezahlte, es seien 100 pzt. Aufschlag auf den Stundenlohn von 81 § zugelegt worden.
2. Zahlung einer Entschädigung für die Zeit, in der wegen Mitternachtsverhältnissen nicht gearbeitet werden konnte.
3. Zahlung der vom 24. Januar ab zu zahlenden Auslösung, wie dies auch in Boringens geschehen ist.
4. Nachzahlung der zu wenig gezahlten Aufzinsung für Lieferant, Nacht- und Sonntagarbeit.

Der Erfolg war, daß die Firmenarbeiten die Forderung unter 100 pzt. erfüllten, indem sie sich bereit erklärten, die Firma die unter 2 geforderte Nachzahlung der Auslösung, die Forderungen zu 3 und 4 aber nicht. Vom 27. April ab erhielten die Arbeiter auch die zweite Teuerungszulage. Auf eine Entschädigung für die Freiheit verzichteten sie, um möglichst bald zu dem Gehde zu kommen, das ihnen aus der zugewiesenen Stundenlohnzulage und dem aus der Auslösung zustand. Da nun, wo die Baustellen zum

Gelesene Nummern des „Grundstein“ werfe man nicht fort, sondern gebe sie seinen unorganisierten Arbeitsskollegen!

Einzelne Vertragsabschlüsse gehören, auch die Zusätze für Arbeiter aufzinsung, die in der Zusage enthalten sind, werden müssen, ist solche Lieferantarbeit mit einem Male nicht mehr nötig. Wie die Allgemeine Hochbaugesellschaft es zu umgehen suchte, den vertragsmäßigen Zuschlag für Sonntagarbeit zu zahlen, ist in Nr. 23 des „Grundstein“ nachgewiesen. Daß die Arbeiter, die die „Werktaugliche Arbeitsbereinigung“ befragt, nicht lediglich achtstündiger Arbeitszeit 100 bis 120 verdienen, trifft erst seit dem 27. April zu. Vorher betrug der Wochenlohn noch nur 100 bis 110, und vor Mitte März, als die Auslösung noch nicht gefügt wurde, nur 80 bis 90. Und um diese Zeit, als wie wir bemerken, die Bauarbeiter zu den Baustellen zu verkehren, waren wir für die Baustelle Boringens-Dormagen. Bei der vor Boringens begonnenen Auslösung der rüstfertigen Auslösung und der Stundenlohnzulage kam eine Summe von etwa 100 000 bis 120 000 heraus. Wäre der Kollege schätzte 100 nachgezahlt. Darauf hätten die Arbeiter noch lange warten können, wenn ihre Verhandlung nicht kräftig nachgeholt hätte. Bevor Arbeiterauslöschung bestanden, lagten die Arbeiter oft über das Wohlgefallen. Ist es damit jetzt besser bestellt, so bedanken sie es den Arbeiterauslöschung. Die unter anderem die Baustelle zugewiesenen Leute, die sich nach Boringens zurückziehen, werden aus dem Flegen in die Traufe geraten sein, und deshalb das Heitere Hebel vorgegangen haben.

Die „Arbeitsbereinigung“ hat auch die im § 11 des Hilfszeitengesetzes vorgesehene Arbeiterauslöschung für ungenügend, da im Ruhrgebiet entzückende Stellenliste nach dem Tarifverträge von der Beschäftigten zu bringen sind. Teil der Arbeitgeber und die Arbeiter, so ist es ebenfalls, wenn viele Unternehmer der Erziehung von Arbeiterauslöschung widerstehen. Die in Boringens die vertraglichen Schlichtungsstellen einbringen, erwidern den Ausführlungen eine Reihe von Aufgaben, die mit dem Tarifverträge nichts zu tun haben. Es sind zum Beispiel die Arbeitsbedingungen in tariffreien Gebieten zu überlegen, ebenso die Beschäftigung und Verteilung der Hilfszeitmittel, Verbesserung der Mieten und noch manches andere. Aber das Hilfszeitgesetz entspricht eben keineswegs dem, was die Unternehmer zu ihrem Vorteil daraus erwarten; so wird man auch die „Arbeitsbereinigung“ bereitwillig nachwirklicher Aufzinsung über die Arbeiterauslöschung durchzuführen. Man zu mehr müssen die Arbeiter dafür sorgen, daß an allen Baustellen mit mehr als 50 Beschäftigten Aufzinsung eingeleitet werden. Zu dem „Wohnsitz-Friedensengel“ sei der „Arbeitsbereinigung“ gesagt, daß Wissen ihr als Vertreter der Kapitalisten näher liegt als uns. Nur solche Unternehmer werden die Arbeitervertreter von den Baustellen fernhalten, die die Arbeiter vertreten verweigern möchten, was ihnen rechtlich zu geht.

Gipser und Stuckateure.

In einer längeren Zuschrift schilderte Kollege J. A. H. aus Düsseldorf unter anderem, wie schwierig es in vorigen Jahre war, für den Stuckateure in Rheinland und Westfalen eine Teuerungszulage durchzusetzen und diese von allen Unternehmern des Baufaches, namentlich in Düsseldorf, bezahlt zu erhalten. Schon der Beginn der Verhandlungen zwischen den Vertretern unseres Verbandes und denen der reichsweitverbreiteten Stuckateureverbände, ergab sich, lange hinaus, weil der Vorsitzende der Arbeiterorganisation, um Verhandlungen angeht werden sollten, entweder frant oder bereit war. Das erregte unter unseren Kollegen großen Anmut, weil sie darin die Ansicht vermuten mußten, die Unternehmer würden die Sache zu verschleppen. Auf der Konferenz in Essen, die später die getroffen Vereinbarung gutheißt, kam dies denn auch allgemein zum Ausdruck. Wenn dann auch einige unserer Unternehmer die Stuckateure und Arbeiter gewährten Teuerungszulagen bereitwillig zahlten, so ludte doch eine ganze Anzahl sich davon zu drücken und erst nach vielen Bemühungen unserer Zweigvereinsleitung zahlten auch diese

Unternehmer die Zulagen. Die Preise der Baustoffe stiegen aber unausgesetzt weiter, so daß die Löhne längst nicht mehr für den Lebensunterhalt ausreichten. Es waren unsere Kollegen genötigt, an Lohn-Verhandlungen, was sich irgend herausgeholt sich. Am 20. März dieses Jahres überließen die Stuckateure von den beiden Firmen Grandtatsch und Jacobs, die die Stud- und Putzarbeit am Bau des Justizgebäudes in Düsseldorf ausführen, Erhöhung der Stundenlöhne für Geleiten auf 110 und für Hilfsarbeiter auf 90 §. Keine Woche später, was immer noch die leidige Affärearbeit. Diese bot den Unternehmern den Versuch, angebotenen Verhandlungen auszuweichen, da sie sich streng an die Tarifbestimmungen halten mußten. Erst eine Arbeitsvereinbarung brachte eine Bereinigung zustande; diese betraf aber ebenfalls, weil Herr Grandtatsch noch zu einigen Zugeständnissen bereit war, diese jedoch erst von den Mitgliedern im Stuckateureverbande genehmigen lassen wollte. Auch meinte er, seine Leute arbeiten in Afford und können gut zurecht, was diese selbst aber entschieden bestritten. Als es dann gelungen war, mit der Firma Jacobs gültig zu einer für die Geleiten ausgemachten Vereinbarung zu kommen, schloß sich die Firma Grandtatsch dieser an.

Des weitern bedauert Kollege Kater in seiner Zuschrift, daß am 3. Mai in Berlin nicht auch gleichzeitige Teuerungszulagen für Stuckateure und Gipser festgesetzt sind. Hierauf ist schon in dem Bericht über die letzte Verbandskonferenz („Grundstein“ Nr. 23) hingewiesen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß in Berlin nur für die Arbeitergruppen Zulagen vereinbart werden konnten, deren Arbeitsbedingungen unter den Arbeitsverträgen für das allgemeine Baugewerbe fallen. Dieser Vertrag besteht weiter, und während seiner Dauer können neue Arbeitergruppen nicht in ihn einbezogen werden. Bis hierher wollten übrigens die Stuckateure und Gipser, wie auch andere Teuerungszulagen für Stuckateure und Gipser vereinbart sein. Da müssen diese Betriebe sich selbst zurecht, und es ist uns zu wünschen, daß unsere Kollegen den ihnen schon in der vorigen Nummer des „Grundstein“ erteilten Rat befolgen und bei ihren Unternehmern überall für die Zulagen eintreten. Das wird am ehesten auch in Rheinland und Westfalen zu einer vorteilhaften Einigung führen.

Internationale Bauarbeiterbewegung. Holland.

Am 3. und 4. Juni tagte in Leyden der 7. Kongreß unserer holländischen Bruderverbände. Der Vorsitzende, Kollege J. W. van Achterbergh, sprach in seiner Eröffnungsrede den Wunsch und die Hoffnung aus, daß die Konferenz in Stockholm dazu führen möge, die internationale Verbindung der gesamten Arbeiterklasse und insbesondere die der Bauarbeiter wieder herzustellen. Die Kongreßdelegierten nahmen diesen Wunsch mit großem Beifall an. Die Zeitumstände, so führte Achterbergh aus, haben unsern Wirken für den Verband ihren Stempel aufgedrückt. Unter der Kriegswirkung sind auch bei uns die Preise der Lebensmittel ungeheuer gestiegen, wodurch die Lebenslage der Bauarbeiter sehr elend geworden ist. Die Unternehmerklasse braucht nicht zu klagen. Die Gewinnziffern sind in den verschiedenen Betrieben unberührt geblieben. Unter diesen Umständen haben die Arbeiter keinen Augenblick gelassen, einen Protest vor diesem Uebelstand anzufangen. Die hohen Baustoffkosten haben den Gewinn der Unternehmer nicht vermindert. Sie haben sich mit ihren Arbeitspreisen danach eingerichtet. Gegenüber den Forderungen der Arbeiter jedoch verhalten sie sich ablehnend. Sie können sich angeblich mit ihren Preisen nicht danach einrichten. Die Arbeitslosigkeit hat nachgelassen, selbst in der starken Frostperiode des letzten Winters war sie geringer als in Friedenszeiten. Zurückzuführen ist das auf die starke Einziehung der Bauarbeiter bei der Mobilisation des Heeres. Der Wohnungsbau ist infolge der hohen Preise für Bauarbeiten sehr gering. Soll nicht große Wohnungsnot für die Arbeiterklasse entstehen, müssen die Gemeinden den Wohnungsbau in die Hand nehmen. Die Arbeitslosigkeit ging nicht über den normalen Stand von 10 bis 11 pzt. hinaus. An die Arbeitslosenlisten wurden, besonders in der Frostzeit, hohe Anforderungen gestellt. Die Verbände mußten für die Gemeinden als Bankier fungieren; es war aber möglich, alle Geldverbindlichkeiten zu erfüllen. In den 18 Monaten von 1. März 1915 bis 1. April 1916 sind 42 000 Gulden (1 Gulden = 1,70) ausgezahlt, davon in der Frostperiode allein 30 000 Gulden. Die Kasse beruht auf gesunder Grundlage. Mit Unterstützung der Niederländischen Fachvereine (Generalkommission) gelang es, die Regierung zu zwingen, das größte Elend der Kriegszeit zu beseitigen. Der Bund konnte für seine Mitglieder belangreiche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen. Während im Jahre 1915 nur 686 Gulden wöchentliche Lohnerhöhung erreicht wurden, konnten 1916 15 244 Gulden, das sind 785 700 Gulden im Falle Lohnerhöhung erreicht werden. Daneben wurden 1916 die Woche 4000 Stunden Arbeitsverteilung erzielt. Auf dem Gebiete der Tarifverträge abzuschließen, wodurch drei Viertel unserer Mitglieder unter günstigen Bedingungen arbeiten. Unsere Versuche, die verschiedenen Organisationen im Baugewerbe zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuführen, sind leider mißglückt. Die Zukunft wird lehren, daß es notwendig ist. Auf dem Gebiete der Tarifverträge nähern wir uns mehr und mehr der zentralen Zusammenfassung über das ganze Land. Die Zimmerer haben schon für ganze Provinzen Tarifverträge. Gegen frühere Zeit sind wir auf diesem Gebiete michtlich vorwärts gekommen. Eine Ablehnung unserer Organisation durch die Unternehmerverbände ist uns heute nicht mehr möglich. Die Mitgliederzahl ist von 2368 am 1. Januar 1916 auf 2847 am 1. Januar 1917 gestiegen. Augenblicklich sind 8200 überschrieben. In vier Jahren hat sich die Mitgliederzahl verdoppelt. Der Kongreß war mit der Tätigkeit des Hauptverbandes einverstanden. Das Fachblatt, das alle 14 Tage erscheint, soll sobald als möglich in ein Wochenblatt ver-



